

**FRAKTION DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI**

(CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION)

Sekretariat

PV/G/89/80-gdb

Lissabon, den 9. März 1989

P R O T O K O L Ldes Kolloquiums über den europäischen Binnenmarkt  
der EVP-Fraktion und der ED-Fraktion

Donnerstag, 9. März 1989

LISSABON

Vorsitz: die Herren CROUX und PROUT

Dauer: 9.15 - 12.45 Uhr

Herr CROUX eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der großen Fraktionen im Europäischen Parlament, da für die bedeutenden - zukunftsweisenden Entscheidungen 260 Stimmen im Plenum des Parlaments notwendig sind. Darum sei das Modell der Kontroversität nicht konstruktiv zur Verwirklichung der Ziele des Gemeinsamen Marktes im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte. Er weist darauf hin, daß die Realitäten vor allem Priorität hätten, auch vor speziellen nationalen Interessenlagen. Bei der Verwirklichung des Binnenmarktes bestehen noch wesentliche Engpässe wie u.a. bei der Abschaffung der physischen Grenzen, dem Sozialraum und bestimmten Schwierigkeiten in bezug auf Gesellschaftsrecht und Fusionskontrolle. Ziel dieses Kolloquiums war, diese Problemstellungen genau zu analysieren und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Herr PROUT dankt für die Begrüßung und die Einladung zur gemeinsamen Sitzung und betont, daß das gemeinsame Ziel der beiden Fraktionen die Rückgewinnung einer bedeutenden Position Europas in der Welt sei unter Hintanstellung nationaler und parteilicher Interessen. Dazu aber sei ein starker politischer Wille nötig, um den vorgegebenen Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte auszufüllen. Das Problem ist die unterschiedliche Sicht der Gestaltung der Zukunft, ob es ein sozialistisches Europa geben solle oder nicht.

Bei der großen gemeinsamen Übereinstimmung in den Grundhaltungen der EVP- und ED-Fraktion müßte trotz institutioneller, organisatorischer und "rhetorischer" Unterschiedlichkeiten und Schwierigkeiten eine bessere und konstruktivere Zusammenarbeit zur Verwirklichung der Gestaltung Europas im Sinne der gemeinsamen Grundwerte möglich sein.

Herr VON WOGAU stellt fest, daß auf dem Wege zu einem gemeinsamen Europa bereits viel erreicht sei, was besonders von außenstehenden Beobachtern wie z.B. EFTA, USA und Japan bemerkt wird, aber daß die schwierigsten Entscheidungen auf diesem Wege zum Binnenmarkt noch vor uns liegen. Es handelt sich dabei u.a. um die Probleme, die auftreten bei der Schaffung offener Grenzen. Dazu ist notwendig

- die Gestaltung gemeinsamer Steuern (Mehrwertsteuer in einer gewissen Bandbreite, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern),
- die Lösung des Problems der inneren Sicherheit (gemeinsame Sicherung der Außengrenzen, Zusammenarbeit der nationalen Polizeien, Bildung einer europäischen FBI gegen Drogenhandel, Waffenschmuggel usw., Lösungsansatz im Schengener Abkommen, gemeinsames Asylrecht, Gesundheitsprobleme wie z.B. Tollwut),
- das Problem des Grenzausgleichs für Agrarprodukte (durch Anpassung betrieblichen und regionalen Ausgleichs),
- die Lebensmittelkontrolle,
- die gemeinsame Amts- und Rechtshilfe für Veterinäre,
- die Regelung der bisherigen inneren Quoten im Rahmen des MFA.

Da die Verwirklichung des Binnenmarktes eine unbedingte Notwendigkeit ist, stellt sich das Problem der europäischen Währung, wobei zunächst vorgeschlagen wird, den ECU als Zweitwährung in den Mitgliedstaaten einzuführen.

Die richtungweisenden Entscheidungen für die Entwicklung des Binnenmarktes müssen - falls der Termin 1992 eingehalten werden soll - in den nächsten zwei Jahren gefällt werden. Es ist daher wesentlich zu beachten, wohin sich Europa bewegt, nachdem es sich endlich wieder bewegt, wobei die Frage nach dem Nutzen des Binnenmarktes verstärkt gestellt wird. Für die EVP-Fraktion ist die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes kein Selbstzweck, sondern ein Mittel

zur Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes

der Bürger. Durch die zu erwartende Kostensenkung von 4 bis 5 % werden sich für den Bürger Preissenkungen ergeben, wenn der Wettbewerb funktioniert, wozu es einer institutionalisierter Fusionskontrolle bedarf. Bei der Schaffung des Binnenmarktes ist die soziale Dimension unverzichtbar. Dazu gehören u.a. Sicherheit am Arbeitsplatz, Rentenproblematik, Berufsausbildung, Rechte der Frauen, Mitbestimmung und Information in Unternehmen. Hierbei muß das Prinzip der Subsidiarität stets berücksichtigt werden. Bei der Entwicklung des Binnenmarktes sind einerseits die großen Projektionen mit den machbaren kleinen Schritten miteinander zu verbinden.

Herr PATTERSON stellt fest, daß über die Grundzielsetzung für die Verwirklichung 1992 zwischen den großen Fraktionen überhaupt keine Unterschiede bestehen. Da der Erwartungshorizont besonders bei der Öffentlichkeit und den Unternehmen sehr groß ist, muß die Politik bei der Erstellung ihrer Wahlprogramme und deren Durchsetzung diesen Erwartungen wesentlich Rechnung tragen, wobei allerdings die technischen Probleme schneller geregelt werden müssen als bisher, wie z.B. bei technischen Normen, Versicherungsbedingungen, Steuervorschriften, um ein "level plan field" zu schaffen. Ein Problemfeld sieht er im Tier- und Pflanzenschutz, kritische Probleme seien für ihn die Fusionskontrolle, die Höhe der Steuersätze, die Einbringung des Sterling in das EWS. Er schlägt vor die Schaffung eines europäischen Zentralbankensystems, bevor die Schaffung einer einzigen europäischen Zentralbank möglich wird. Die Frage nach dem Zweck des Binnenmarktes 1992 sieht

Herr PATTERSON darin, daß alle Bürger Europas in den Genuß des wirtschaftlichen Gewinns des gemeinsamen Binnenmarktes kommen und dieser eben kein Selbstzweck sei.

Dazu sprechen Herr McMILLAN-SCOTT, Frau BRAUN-MOSER, Frau JEPSEN, Herr MALLET, Frau JACKSON, die Herren CLINTON, ROBLES PIQUER, WEDEKIND und BEUMER.

Herr CHANTERIE gibt einen Abriß über die historische Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft nach dem Kriege und stellt ihre Hauptmerkmale wie Freiheit, Gerechtigkeit, soziale Verantwortlichkeit in den Vordergrund und betont, daß Wettbewerb und Solidarität komplementäre Elemente seien. Er betont, daß die Wirtschaft im Dienste des Menschen stehe und nicht umgekehrt, daß das Subsidiaritätsprinzip von höchster Bedeutung sei. In einen konstruktiven Zusammenhang müßten die Problemfelder von Wirtschaft, Ökologie und Politik gebracht werden.

Die Grundauffassungen der Christdemokraten während der letzten 40 Jahre sind in bezug auf die soziale Marktwirtschaft diesselben geblieben. Es hat aber notwendigerweise aktuelle Anpassungen an besondere Wirtschaftssituationen gegeben wie z.B. Ölschock, Inflation, Frauenarbeitslosigkeit, Antikrisenpolitik der Sozialpartner. Wesentliche Elemente der sozialen Komponente sind

1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz,
2. europäische Tarifrähmenvereinbarungen,
3. Statut der europäischen Gesellschaften und
4. Rahmen der fundamentalen Rechte der Arbeitnehmer.

Herr CHANTERIE wendet sich entschieden gegen die Äußerung Mitterands, daß es nur ein sozialistisches oder sonst kein Europa geben werde. Er fordert im Namen der Christdemokraten ein soziales Europa.

Herr TUCKMAN bekennt sich persönlich zu den Ausführungen von Herrn Chanterie, weist aber darauf hin, daß es nicht die Auffassung der britischen Konservativen sei, was er erklärt mit der Unterschiedlichkeit der nationalen Mentalitäten und sozialen Verhaltensweisen. Er begrüßt das englische System für flexible Teilzeitarbeitsmöglichkeit, das er auf dem Kontinent für unterentwickelt hält, und bedauert, daß sowohl auf dem Kontinent als auch in England die Höhe der Arbeitslosigkeit zumeist bedingt sei durch einen nicht hinreichenden Ausbildungsstand vieler Arbeitslosen. Um die gegenseitige Verständigung zu verbessern, plädiert Herr Tuckman für ein größeres Bemühen um Kenntnis der unterschiedlichen nationalen Mentalitäten und Lebensstile.

Frau MAIJ-WEGGEN betont die grundsätzliche Notwendigkeit des gemeinsamen Binnenmarktes, befürwortet aber eine wesentliche Stärkung der sozialen Dimension, eine Aufstockung der Struktur- und Regionalfonds besonders für südliche Länder. Der gemeinsame Binnenmarkt dürfe nicht nur Gewinn für die Unternehmen bringen, sondern auch für die Arbeitnehmer, wozu ein freier Markt für Arbeitnehmer gehöre. Sie stellt fest, daß das Sozialfeld für die EVP-Fraktion in der Zusammenarbeit mit den Europäischen Demokraten ein Konfliktfeld

sei. In den Rahmen der sozialen Dimensionen müssen auch die Freizügigkeit und Versorgung von Rentnern, Studenten und Schülern einbezogen werden. Falls die Europäischen Demokraten die Forderungen der sozialen Komponente nicht unterstützen würden, plädiert sie für die Suche nach anderen Koalitionspartnern im Rahmen der Harmoniestrategie der EVP-Fraktion.

Dazu sprechen die Herren GAMA, CASSIDY, CHRISTODOULOU, WELSH, Frau BRAUN-MOSER und Herr SUAREZ.

Der Vorsitzende



L. CROUX

Verantwortlich

(gez.) Bruno OHLS

KAS-ACDP

ANWESENHEITSLISTE EVP-FRAKTION

Herr ALBER  
Frau BADENES  
Frau BANOTTI  
die Herren BARDONG  
BEUMER  
BLUMENFELD  
BOCKLET  
Frau BRAUN-MOSER  
die Herren CARVALHO CARDOSO  
CHANTERIE  
CHRISTODOULOU  
CLINTON  
CORNELISSEN  
CROUX  
DALSASS  
Frau DE BACKER-VAN OCKEN  
die Herren EBEL  
ESTGEN  
Frau FONTAINE  
die Herren FRIEDRICH  
FRÜH  
GAIBISSO  
GAMA  
von HABSBURG  
HACKEL  
LAMBRIAS  
Frau LENTZ-CORNETTE  
Herr LUCAS PIRES  
Frau MAIJ-WEGGEN  
die Herren MALANGRE  
MALLET  
MERTENS  
MIZZAU  
MÜHLEN  
MÜNCH  
O'DONNELL  
PENDERS  
Frau PEUS  
die Herren PIRKL  
POETSCHKI  
RAFTERY  
dos SANTOS MACHADO  
SARIDAKIS  
Frau SCHLEICHER  
die Herren SPÄTH  
STAUFFENBERG  
STAVROU  
TOLMAN  
TZOUNIS  
VERGEER  
WEDEKIND  
von WOGAU  
ZAHORKA  
ZARGES